

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz
MdB zum Erfordernis,
das Abkommen der EG
mit den AKP-Staaten
qualitativ fortzuentwickeln: Mit Sieben-Meilen-Stiefeln gegen die Unterentwicklung angehen.

Seite 1

Korst Jaunich MdB zu
den Lösungs-Chancen
eines gesellschaftlichen
Problems: Rauchen
ohne
"Raucherkrieg"?

Seite 5

45. Jahrgang / 209

31. Oktober 1990

Mit Sieben-Meilen-Stiefeln gegen die Unterentwicklung angehen

Zum Erfordernis, das Abkommen der EG mit den AKP-Staaten qualitativ fortzuentwickeln

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Am 15. Dezember 1989 wurde in Lome, der Hauptstadt von Togo, das vierte Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes, den AKP-Staaten, unterzeichnet. Damit es in Kraft treten kann, muß das Lome-IV-Abkommen nun noch durch die einzelnen Vertragsparteien ratifiziert werden, so auch durch die Bundesrepublik Deutschland.

Die seit 1975 im Rahmen der Lome-Vereinbarungen bestehende Zusammenarbeit zwischen EG und AKP kann sich im Vergleich zur einzelstaatlichen und multilateralen Entwicklungspolitik durchaus sehen lassen. Mit seiner Konzeption eines umfassenden entwicklungspolitischen Instrumentariums aus Handelspolitik, Rohstoffpreisstabilisierung sowie finanzieller und technischer Hilfen ist Lome ein einzigartiges, ein gutes Kooperationsmodell. Mit Lome IV wurden zusätzlich einige positive Akzente gesetzt. Dazu zählen vor allem die verstärkten Bestimmungen über die Verwirklichung der Menschenrechte und die Respektierung der Menschenwürde, die Aufnahme des Umweltschutzes in den Vertrag, die stärkere Berücksichtigung und Unterstützung von Frauen, die Neuaufnahme des Themas "Bevölkerungspolitik", der neue Akzent auf einer dezentralen Entwicklung durch die Beteiligung von Basisgruppen und die Förderung der regionalen Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern. Die Sozialdemokraten haben sich deshalb für eine Zustimmung entschlossen. Aber es ist eine Zustimmung mit Bauchschmerzen.

Lome IV ist noch ein gutes Stück davon entfernt, das zu sein, was es sein sollte: eine wirklich großzügige, schnelle und wirksame Finanzhilfe für die AKP-Staaten bei weitestmöglicher Öffnung des EG-Marktes für Ihre Produkte. Das Vertragswerk bietet einige neue Errungenschaften, es markiert Schritte auf dem langen Weg zu einem fairen und gerechten Nord-Süd-Ausgleich, weist aber gleichzeitig Kurzsichtigkeiten, Versäumnisse und Engherzigkeiten auf. Dies wird an einigen Punkten besonders deutlich.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
53000 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Permanente Nutzung
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Finanzen. Finanzpolitisch besaß und besitzt bei der EG nur ein einziger Bereich wirklich Vorrang: die Landwirtschaft, die immer noch weit mehr als die Hälfte der EG-Finanzmittel bindet. Auch aus politischer Sicht läuft die Entwicklungspolitik Gefahr, noch weiter auf die hinteren Ränge, in den Bereich der Posterioritäten abzugleiten.

Während die Milliarden für Mittel- und Osteuropa zu sprudeln beginnen, konnte man sich bei Lome IV nur zu einer ausgesprochen dürftigen Finanzausstattung durchringen. In den ersten fünf Jahren wird der Europäische Entwicklungsfonds 10,8 Milliarden ECU bereitstellen; dazu kommen 1,2 Milliarden ECU für zinsvergünstigte Kredite der Europäische Investitionsbank. Die EG hat errechnet, diese 12 Milliarden entsprächen einer Steigerung von 25 Prozent gegenüber Lome III. Mit den Realitäten hat das wenig zu tun. Berücksichtigt man die gestiegene Mitgliederzahl der AKP-Staaten, den Bevölkerungszuwachs in den letzten fünf Jahren, die Inflation sowie die Verschlechterung der Terms of Trade, so kommt man schnell darauf, daß Lome IV kein reales Plus bedeutet.

Dies ist das falsche Signal in einer Zeit, in der Afrika immer ärmer wird. Die Preise für Rohstoffe fallen, die Schuldentilgung frißt jeden Zuwachs auf, das Interesse an Investitionen geht zurück. Der Handel zwischen EG und AKP stagniert, AKP-Importe in die EG sind von acht Prozent in 1975 auf 3,8 Prozent in 1989 zurückgegangen. Angesichts der Umwälzungen in Zentral- und Osteuropa und mit Blick auf den EG-Binnenmarkt befürchten die AKP-Länder, auf politischer, ökonomischer und finanzieller Ebene an den Rand gedrängt zu werden. Auch wenn man sich vielerorts Mühe gibt, diese Befürchtungen zumindest verbal zu zerstreuen: die magere Finanzausstattung von Lome IV ist dazu angetan, sie voll und ganz zu bestätigen. Positiv ist bei den Rahmenbedingungen lediglich zu vermerken, daß die Zeitspanne auf zehn Jahre ausgedehnt wurde und damit der Entwicklungsplan ein solider, kontinuierlicher Rahmen gegeben wurde. Dies hatten auch wir Sozialdemokraten in unserem Antrag gefordert.

II.

Handel und Rohstoffe. Im Handelsbereich gibt es einige begrüßenswerte Neuerungen, aber sie sind unzureichend. Die Ursprungsregelungen sind dahingehend gelockert worden, daß der AKP-Anteil an einem Produkt künftig nur noch 45 Prozent statt wie bisher 60 Prozent betragen muß, damit es freien Zugang zum EG-Markt erhält. Die EG wird künftig Erleichterungen für einige weiterverarbeitete Produkte gewähren, die Zollbefreiung betrifft bis auf Bananen alle tropischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Doch trotz der großzügig klingenden Formel, weit mehr als 90 Prozent aller Produkte könnten frei in die EG verbracht werden, sehen sich die AKP-Länder vielfachen Beschränkungen gegenüber. Ab einer bestimmten Menge, besonders bei den für die EG-Wirtschaft sensiblen Produkten, fängt die EG an, in Besorgnis zu verfallen. Für viele Obst- und Gemüsesorten gelten weiterhin mengenmäßige und jahreszeitliche Beschränkungen, mit denen sich die EG-Staaten die AKP-Konkurrenz vom Leibe halten.

Als skandalös kann man wohl die Tatsache werten, daß Lome IV keinerlei Verpflichtungen zur Beendigung des EG-Dumpings auf den AKP-Märkten enthält. Dieses Dumping unterminiert die zum Teil sogar mit Entwicklungshilfe unterstützten sinnvollen Eigenanstrengungen bei der Nahrungsmittelversorgung und schädigt die lokalen Produktionen. Solange die ökonomischen Rahmenbedingungen die Einkunstmöglichkeiten von AKP-Staaten derartig strangulieren, kann Hilfe letztlich nicht viel bewirken.

Ein gravierendes Problem bleibt für die AKP-Staaten die Instabilität der internationalen Rohstoffmärkte. Lome hat mit seinen Systemen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise Instrumente geschaffen, die als vorbildlich gelten können. Begrüßenswert sind die neuen Maßnahmen zur

gerechteren Verteilung der Mittel und zur besseren technischen Durchführung. STABEX, das System der Ausfuhrerlösstabilisierung bei agrarischen Rohstoffen, wird zukünftig als Zuschuß vergeben und deckt auch Exporte in Länder außerhalb der EG ab. Die STABEX-Mittel sind überproportional auf 1,5 Milliarden ECU aufgestockt worden. Aber schon jetzt ist eigentlich absehbar, daß damit die Exportschwankungen kaum genügend ausgeglichen werden können. Dies zeigt ein Blick auf die Erfahrungen der Vergangenheit: 1980 bis 1984 waren die Ausgleichsanträge zehnmal so hoch wie die zur Verfügung stehende Summe. So werden die betroffenen Länder den Schaden nicht überwinden können, den ihnen zum Beispiel der Zusammenbruch des internationalen Kaffeeabkommens zugefügt hat. Vor allem in diesem Bereich könnte und sollte die Gemeinschaft Initiative werden.

III.

Verschuldung. Mit Lome IV wurde erstmals ein Kapitel über die Verschuldung in das Vertragswerk aufgenommen. In dem die Auslandsverschuldung der AKP-Staaten als ernstes Problem anerkannt wird, das ihr Wachstum und ihre Entwicklung gefährdet. Die EG hat ihre eigenen Zahlungsbedingungen im Rahmen von Lome IV verbessert: Zehn Milliarden ECU werden als Zuschüsse vergeben, die Mittel von STABEX und SYSMIN sind künftig nicht rückzahlbar.

Dennoch kann nicht von einem Durchbruch in der Verschuldungsfrage gesprochen werden. Der Großteil der AKP-Schulden besteht gegenüber EG-Regierungen und Privatbanken in EG-Mitgliedsländern. Lome IV enthält keinerlei Zusagen im Sinne eines gemeinschaftlichen Vorgehens für eine wirksame Entschuldung. Selbst die minimalen Schulden gegenüber der Gemeinschaft sind den AKP-Staaten nicht erlassen worden, so wie es im SPD-Antrag gefordert war.

IV.

Umwelt. Es ist zu begrüßen, daß der Schutz der natürlichen Ressourcen und die Verbesserung der Umwelt als zentrale, sektorübergreifende Themen in die Verträge aufgenommen worden sind. Nord und Süd bekennen sich hier zu Ihrer gemeinsamen Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten. Als wohl herausragendste Neuerung in Lome IV ist das Verbot von Giftmüllexporten anzusehen. Die Europäische Gemeinschaft verpflichtet sich dazu, keine gefährlichen oder radioaktiven Abfälle in die AKP-Staaten zu verbringen, die ihrerseits ihre Grenzen gegenüber solchen Abfällen dichtmachen müssen. Dies ist eine echte Errungenschaft des Abkommens. Darüber hinaus ist beabsichtigt, umweltschonende Projekte zu unterstützen, die der Wahrung des natürlichen Erbes dienen. Und trotzdem: Skepsis ist angebracht, wenn man sich den Artikel 37 des Vertragswerks einmal näher anschaut, in dem es heißt: "Bei großangelegten Projekten und Projekten mit erheblichen Risiken für die Umwelt werden gegebenenfalls Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt". Warum heißt es hier "gegebenenfalls" und nicht "grundsätzlich"? Weiter wird ausgeführt, daß die UVP "unerläßliche Korrekturmaßnahmen" bereits im Anfangsstadium der Projekte ermöglichen soll, "damit diese mit Verbesserungen im Hinblick auf den Schutz der Umwelt entsprechend den vorgesehenen Zeitplänen fortschreiten können". Warum wird nicht daran gedacht, solche Projekte überhaupt fallenzulassen? Solange Zeitpläne im Vordergrund stehen, solange auch in Zweifelsfällen der Ökonomie immer noch Vorrang vor der Ökologie gegeben wird, kann es keinen wirkungsvollen präventiven Umweltschutz geben.

V.

Strukturanpassung. Mit Lome IV wird die Strukturanpassung erstmalig zum herausragenden Element der EG-Entwicklungspolitik. Ein separater Fonds, ausgestattet mit 1,5 Milliarden ECU, und ein Teil der Nationalen Programme können zur Unterstützung von Ländern eingesetzt werden, die Strukturanpassungsprogramme durchlaufen. Counterpart-Fonds sollen soziale Bedürfnisse erfüllen, die aus den Reformen entstehen.

Die EG hat erklärt, es gehe ihr nicht darum, ein 'Lome-Kontrastprogramm' neben die Struktur-
anpassungsprogramme von IWF und Weltbank zu stellen, aber auch nicht darum, sich ein-
fach an diese Programme anzuhängen. Der Vertragstext zeigt, daß versucht wurde, der Struk-
turanpassung ein eigenes Profil zu geben und die hinlänglich bekannten Fehler bisheriger Pro-
gramme - mangelnde Sozialverträglichkeit - zu vermeiden. Als Grundsätze für die Struktur-
anpassung werden angeführt: Problemanalyse und Ausarbeitung der Programme im betroffenen
AKP-Staat, Berücksichtigung des besonderen sozialen, kulturellen und ökologischen Umfeldes,
Orientierung an bestimmten Entwicklungszielen wie Entwicklung des ländlichen Raumes und
Ernährungssicherheit, soziale Abfederung von Anfang an (siehe Art. 244). Dies sind richtige
Vorgaben. Schwierig wird es sein, dies auch in die Tat umzusetzen. Für die Durchführung eines
alternativen Strukturpassungskonzeptes fehlen größtenteils die administrativen Vor-
aussetzungen, die Mittelausstattung ist so schmal, daß die Zahl der Empfänger beschränkt
sein wird. Ein Hintertürchen im Vertragstext weist dann auch wieder in die Richtung der Bret-
ton-Woods-Institutionen: Bei Staaten, die mit Unterstützung oder Absprache von Weltbank und
IWF Reformprogramme durchführen, "wird regelmäßig davon ausgegangen, daß sie die Vor-
aussetzungen für die Anpassungshilfe erfüllen". (Art 245)

Wenn die EG nicht in die Rolle eines Vollzugsgehilfen der großen internationalen Finanzinsti-
tutionen geraten will, sollten sich die EG-Mitglieder vor allem über ihre Stimmen im Gouverneurs-
rat der Weltbank für eine Anpassung mit menschlichem Gesicht stark machen. So könnte sie
ihrer anderen, neuen Ausrichtung bei der Strukturpassung weit mehr Gewicht und Glaub-
würdigkeit verleihen.

Die Entwicklungsländer haben wegen Osteuropa- zumindest kurz- und mittelfristig - berech-
tigten Anlaß zu großer Sorge. Für sie wird es unabdingbar sein, sich stärker als bisher auf Ihre
Eigenkräfte zu besinnen und nicht den Schalmeien einer Integration in den von den Industria-
ländern dominierten Weltmarkt sowie dem Rezept der Exportorientierung und der Medizin des
IWF blindlings zu vertrauen, sondern mehr auf die eigene Mobilisierung, auf Reformen, auch
demokratische Reformen, auf Binnenorientierung und Süd-Süd-Zusammenarbeit zu setzen.

Die EG-Staaten sollten ebenfalls Anlaß zu großer Sorge haben. Geben sie der Versuchung des
Euro-Egoismus nach, könnte sich dies letztlich als sehr kurzsichtig und schmerzhaft erweisen.
Wir müssen weitaus mehr tun, um die Armuts-, die Verschuldung, die Öko- und die Bevölke-
rungsbombe zu entschärfen. Das vierte EWG-AKP-Abkommen ist ein Schritt, auch ein wichti-
ger Schritt. Wer aber den Wettlauf gegen die destruktiven Folgen von Unterentwicklung gewin-
nen will, der muß mit Sieben-Meilen-Stiefeln vorangehen.

(-/31. Oktober 1990/rs/fr)

Rauchen ohne "Raucherkrieg"?
Zu den Lösungs-Chancen eines gesellschaftlichen Problems

Von Horst Jaunich MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der SPD-
Bundestagsfraktion

Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung des Nichtrauchens ist ihr wiederholter Versuche, auf einem Feld Lorbeeren zu ernten, das der fortwährenden Bearbeitung bedürfte, einer klaren Zielsetzung und der Bereitschaft, Konflikte der Gesundheit zuliebe auszutragen und auch, damit Streitereien zwischen dem rauchenden Teil der Bevölkerung und dem nichtrauchenden nicht ausufern. Denn in den vergangenen fünf bis zehn Jahren hat sich das Verhältnis zwischen den Rauchenden und Nichtrauchenden verschärft, es ist gewiß spannungsreicher und leider auch mehr zum Tummelfeld von Puristen auf beiden Seiten geworden - übrigens damit auf Kosten möglicher konfliktlösender Regelungen. Das Aktionsprogramm - nun fast ein halbes Jahr in der Öffentlichkeit - hat praktisch keine Beachtung auf den beiden Seiten, bei den Streithähnen gefunden. Das ist in Ordnung so, denn es bietet keine konkreten Ansätze; am konkretesten ist es noch dort, wo es die Beseitigung der 'Raucherecken' in den Schulen fordert. Ob damit allerdings ein wesentlicher Beitrag geleistet wird, das Rauchen in allseits akzeptable Bahnen zu lenken, ist zu bezweifeln.

Schauen wir uns die Lage an.

Aktivrauchen kostet nach seriösen Berechnungen pro Jahr etwa 50.000 Menschen in der Bundesrepublik das Leben, weil der blaue Dunst Krebs auslöst. Weitere 50.000 Menschen sterben jährlich raucherbedingt an Herz- und Kreislauferkrankungen.

Auch über die negativen Folgen des Passivrauchens dürfte es eigentlich keinen ernst gemeinten Streit mehr geben - das wissenschaftliche Material ist erdrückend. Daß Rauchen für Millionen Nichtraucher eine Belästigung ist, eine Beeinträchtigung von Wohlbefinden darstellt, ist überhaupt nicht zu bestreiten.

Die Attraktivität des Rauchens unter den Jugendlichen sank noch bis vor kurzem. Mehr Jugendlichen als früher ist der blaue Dunst schnuppe. Das ist gut so. Andererseits steigt wieder der Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Gesamtbevölkerung, und auch die Zahl der konsumierten Zigaretten nimmt zu.

Nichtraucher sind aber dennoch auf dem Vormarsch: In den Flugzeugen, in den Personennahverkehrsmitteln, auf Ämtern und in Betrieben haben Nichtraucher mittlerweile vielfach Respektierung ihrer Auffassung durchgesetzt. Gesellschaftlich war die Auseinandersetzung der vergangenen Jahre ein Erfolg der Nichtraucher. Die frühere Selbstverständlichkeit, Rauchen zu dürfen und zu können, wo und wann es beliebte, hat Einschränkungen weichen müssen - Einschränkungen, die vielfach auf den ersten Blick nicht auffallen. Das ist - holzschnittartig wieder gegeben - die Lage.

Meine Schlußfolgerung lautet: Es gibt in unserer Gesellschaft mehr Bereitschaft zum toleranten Umgang in punkto Rauchen, als in die Medien getragene Konflikte und auch das zitierte Aktionsprogramm von Frau Professor Lehr es widerspiegeln.

Die Chancen für Verhaltensänderungen beim Rauchen, zur Lösung der damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren und für den Ausgleich zwischen streitenden Gegnern und Befürwortern sind besser geworden. Was ist unter diesen Bedingungen von einer Bundesregierung zu erwarten, ja zu verlangen?

1. Verlangen die Sozialdemokraten von der Bundesregierung, daß so rasch wie möglich ein umfassender Erfahrungsbericht über funktionierende Raucher-Nichtraucher-Abgrenzungen in der gewerblichen Wirtschaft wie in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes vorgelegt wird. Gutes muß sich herumsprechen, muß diskutiert und Vorbildcharakter dargestellt werden. Warum setzt die Bundesregierung im übrigen nicht in ihrem Verwaltungsbereich vorbildliche Regelungen durch?
2. Ist von der Bundesregierung zu verlangen, daß sie Vorstellungen entwickelt, damit Selbsthilfegruppen "notorischer", schwerer Raucherinnen und Raucher mehr Unterstützung zukommen kann. Wer in eine Selbsthilfegruppe geht, hat den Suchtcharakter seines Griffes zur Zigarette in der Regel begriffen und will sein Verhalten ändern. Das Aktionsprogramm bietet hier, also für einen "harten Kern, leider viel zu wenig. Aber nichts hat nach aller Erfahrung so klare positive und langfristige Wirkungen wie die Selbstorganisation von süchtigen Menschen in Gruppen.
3. Muß die Bundesregierung endlich den Zugang von Jugendlichen zu den Zigaretten erschweren. Es muß untersagt werden, daß Jugendliche unter 16 Jahren Tabakwaren noch kaufen können. Das Jugendschutzgesetz ist also zu ergänzen.
Auf eine entsprechende Ergänzung des Jugendschutzgesetzes müssen sich auch die Aufsteller von Automaten einstellen - allerdings durch eine Übergangsfrist gemildert.
4. Ist die Bundesregierung aufgefordert, durch ständigen Druck auf die Tabakwirtschaft dafür zu sorgen, daß sich deren Werbung auf das eigentliche Produkt konzentriert. Wer raucht, zieht sich eben keine "Freiheit" rein, sondern greift zu einem Genußmittel, das Gefahren in sich birgt.

Eine Konzentration von Antiraucherprogrammen oder Kampagnen auf die Tabakwerbung ist aber nach unserer Auffassung unsinnig. Eine derartige Zuspitzung auf die Werbung alleine lenkt ab. Die Tabakindustrie ist mittlerweile so lernfähig geworden, daß sie vom Konsens getragene, konfliktregelnde Wege vor allem beim Zigarettenkonsum akzeptieren würde. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung hat diesen Zusammenhang nicht verstanden, es ist noch viel zu sehr von der Auseinandersetzung um den Werbeaspekt bestimmt.

Zusammenfassend müßte die Bundesregierung auf folgenden Feldern handeln:

- Erfahrungen umfassend zusammenstellen und positive Anstöße vermitteln.
- In den Bundesbehörden beispielhaft für die Konfliktregelung zwischen Rauchern und Nichtrauchern vorangehen.
- Selbsthilfegruppen für einen "harten Kern" mehr Unterstützung geben.
- Den Jugendschutz verschärfen, weil der Zugang zu Tabakwaren erschwert werden muß.
- Die Tabakwerbung auf das Produkt konzentrieren.

Davon allerdings ist Frau Ministerin Lehr noch weit entfernt. Das Aktionsprogramm ist eine Beruhigungsspiel für jene, die meinen, man müsse irgend etwas tun. Es bereitet keine Lösungen vor, es verschenkt vielmehr Bereitschaft in der Gesellschaft und entläßt am Ende die Tabakwirtschaft aus der Verantwortung.

(-/31. Oktober 1990/rs/fr)
